

ZBB 2017, 190

BGB a. F. § 495 Abs. 1, §§ 355, 312d; ZPO § 256 Abs. 1

Zu den Anforderungen des Deutlichkeitsgebots an eine Widerrufsbelehrung bei Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags im Fernabsatz

BGH, Urt. v. 24.01.2017 – XI ZR 183/15 (OLG Stuttgart), ZIP 2017, 761 = ECLI:DE:BGH:2017:240117UXIZR183.15.0

Amtliche Leitsätze:

- 1. Zur Zulässigkeit einer Feststellungsklage, mit der der Verbraucher nach Widerruf seiner auf Abschluss des Verbraucherdarlehensvertrags gerichteten Willenserklärung die Umwandlung des Verbraucherdarlehensvertrags in ein Rückgewährschuldverhältnis geltend macht.**
- 2. Zu den Anforderungen des Deutlichkeitsgebots an die bei Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags als eines Fernabsatzvertrags erteilte Widerrufsbelehrung.**